

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nach einer solchen Schule utopisch finden. Der Schritt dort hinüber bedeutete zweifellos Sprengung der reinen Fürsorge und einen zweiten Akt, der freilich andere Vorkehrungen erforderte. Ist es aber nicht bezeichnend, daß gerade denen, die im Arbeitsdienst sich einmal sehr ernst vor die Aufgabe der Erhaltung unserer Volkskraft gestellt sahen, von Zeit zu Zeit die Frage aufsteigt: Wie wäre es, wenn es dahin käme?

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Unbotmäßigkeit der kleinen Schweiz. / Polizisten für Herrn Knox. / Die finanzielle Unterstützung der Diktatur Schuschnigg. / Italien am Bodensee.

Die Welt ist erstaunt und empört, weil die kleine Schweiz es wagt, in Genf ihre eigenen Wege zu gehen und den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund glattweg abzulehnen. Ausgerechnet die Schweiz, das Gastland des Völkerbundes, auf deren Gefolgschaft die Großen sonst hatten rechnen können und die so zuverlässig schien. Man hat in der Schweiz selbst den Entschluß des Bundesrates mit größter Spannung und mit einer Anteilnahme erwartet, wie sie bei uns sonst außenpolitischen Angelegenheiten nicht gerade entgegengebracht wird. Zwei Gründe mußten für unseren Entscheid bestimmend sein. Der eine ist innerpolitischer Natur und liegt in der großen Gefahr, in unserem Lande eine ständige russische Delegation zu beherbergen. Es ist bekannt genug — wir haben es ja schon selbst erfahren vor Jahren — daß die russischen Vertretungen diplomatischer oder kommerzieller Natur stets mit den Kommunisten des Gastlandes konspirieren, die kommunistische Agitation im Gastland aktivieren und ein Netz von Agenten und Spionen spannen, durch das das ganze politische, militärische und wirtschaftliche Leben eines Landes kontrolliert und ausgekundschaftet wird. Die Einflußnahme Rußlands auf die kommunistischen Parteien vollzieht sich zwar auch sonst, würde aber bedeutend erleichtert durch das Vorhandensein einer ständigen Delegation unter diplomatischem Schutze. Doppelt gefährlich aber müßte sie sein im Genf des Herrn Nicole, dessen Polizei selbstverständlich die russischen Wähler und Hezer ohne jede Aufsicht oder Kontrolle schalten und walten ließe. Zu diesem innerpolitischen Grund für die Ablehnung gesellt sich ein außenpolitischer. Der Eintritt Rußlands in den Genfer Völkerbund wird hauptsächlich betrieben von Frankreich und seinem geschmeidigen Außenminister Barthou. Jahrelang war Frankreich der schärfste Gegner der roten Zaren in Moskau, bis man am Quai d'Orsay plötzlich erkannte, welche wertvolle Bundesgenossenschaft im Kriegsfalle die rote Armee und ihre Fliegertruppe bedeuten könnten. Seither kann man in Frankreich nicht genug tun in Freundschaftsbeteuerungen für Rußland, dem großen Hort und Garanten des europäischen Friedens, angefangen bei der Rußlandreise Herriots, dem die Russen gerade das zeigten, was sie wollten, und der seither zu den besten Propagandisten Rußlands gehört, bis zum jüngsten Besuch einer russischen Bombenfliegerstaffel in Frankreich. Das franco-russische Militärbündnis der Vorkriegszeit ist wieder auferstanden zur Festigung der französischen Machtpolitik und vor allem zur Einkreisung Deutschlands. Voll wirksam soll es nun werden durch den Eintritt Rußlands in den Völkerbund, damit auch hier die französische Politik sekundiert werde durch den mächtigen Bundesgenossen. Das aber muß besonders

wertvoll sein, wenn man einmal den Völkerbund zu irgendwelchen Maßnahmen gegen Deutschland drängen will. Für Rußland ist die Zugehörigkeit zum Völkerbund von Interesse im Hinblick auf die kommende Auseinandersetzung im Fernen Osten mit Japan, für die Rußland unbedingt eine Rückendeckung in Europa braucht. Das sind die realen Hintergründe dieses „Friedensschrittes“, der nun in Genf vollzogen werden soll! Der Eintritt Rußlands in den Völkerbund würde diese Institution vollends zu einem einseitigen Bündnisystem stempeln, an dem die neutrale Schweiz sich nicht beteiligen darf, will sie nicht ihre Neutralität noch weiter preisgeben und sich durch die Genfer Politik in die ungewissen Abenteuer der Großmächte hineinmanövrieren lassen. Schließlich ist es auch eine Zumutung, von uns eine Zustimmung zur Aufnahme Rußlands zu erwarten, wo wir das Sowjetregime nicht anerkannt haben. Man kann nicht einem das Haus verbieten und dann trotzdem seine Zustimmung geben zu dessen Eintritt in den Verein, den man in seinem Hause zu Gast hat.

Der Bundesrat hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den Eintritt Rußlands in den Völkerbund abzulehnen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, ihn zu einer anderen Stellungnahme zu bewegen. Im Inland war es einmal die Sozialdemokratische Partei, die nun im Namen des Friedens die französische Bündnispolitik unterstützt, und sich plötzlich für den von ihr sonst so vielgeschmähten Völkerbund einsetzt, nur weil sie hierin die Möglichkeit einer Spitze gegen Hitler-Deutschland wittert! Wie gewohnt, marschieren die sogenannte „Nation“ und der von diesem merkwürdigen Gebilde herausgegebene Pressedienst Hand in Hand mit der Sozialdemokratischen Partei und fanden es ebenfalls nötig, die Aufnahme Rußlands zu empfehlen und nachher die Ablehnung scharf zu kritisieren. Zu einer wirklich „charaktervollen“ Stellungnahme aber hat sich die schweizerische Völkerbundsvereinigung durchgerungen. Sie hätte zwar mehrheitlich die Aufnahme Rußlands begrüßt, empfahl dann aber dem Bundesrat angesichts der Umstände Stimmenthaltung! Mit Recht frug nachher die Schweizerische Mittelpresse, ob die Völkerbundsvereinigung vergessen habe, daß sie sich „schweizerische“, also nicht „französische“ Völkerbundsvereinigung nennt, und das „Berner Tagblatt“ glaubt sogar, die merkwürdige Haltung der Völkerbundsvereinigung mit internationalen Einflüssen erklären zu müssen.

Aber auch von außen her hat man den Bundesrat zu beeinflussen versucht. Die Gesandten von Frankreich, England und Italien haben unsere Regierung unter Druck gesetzt und waren wohl höchst erstaunt, von Herrn Motta eine Abfuhr erleiden zu müssen, während andere Staaten dem diplomatischen Druck der Großen ohne weiteres erlegen sind. Das unwürdige Spiel hinter den Kulissen hat also schon einige Tage vor Zusammentritt des Völkerbundsrates und der Völkerbundsversammlung begonnen und wurde dann in Genf eifrigst fortgesetzt und gesteigert, um ja dem russischen Bundesgenossen eine ehrenvolle Aufnahme zu sichern. Ja, man will sogar soweit gehen, Rußland nicht erst ein Aufnahmegesuch zuzumuten, sondern einem solchen zuvorzukommen durch eine förmliche Einladung mit dem Angebot eines ständigen Ratsitzes und unter Erlassung gewisser für die Räteregierung unbequemer Aufnahmeformalitäten. Das Ränkespiel von Genf hat damit Formen angenommen, die jedem Schweizer die Augen öffnen sollten und ihm zeigen dürften, daß wir in dieser Gesellschaft nichts verloren haben!

Das schweizerische „Nein“ ist sehr ungnädig aufgenommen worden. Man hat uns von verschiedenen Seiten zu bedeuten gegeben, daß wir uns als Gastland des Völkerbundes keine eigene Meinung erlauben dürften. Da haben wir klipp und klar ein Beispiel dafür, welche unheilvolle Folgen für uns der Völkerbundsitz haben kann, wenn man glaubt, wir seien deshalb minderen Rechtes und dürften nur zu allem Ja und Amen sagen. Wie soll das erst werden in Fragen, die vielleicht auch unsere militärische Neutralität angehen? Angesichts der Möglichkeit einer schwei-

zerischen Austrittsbewegung hat man auch von verschiedenen Seiten den Drohfinger erhoben und uns bange machen wollen mit einer Verlegung des Völkerbundsitzes von Genf nach Wien. Man hegt offenbar im Ausland ganz falsche Vorstellungen von unserer großen Dankbarkeit für die Gnade, die uns mit der Bestimmung von Genf als Sitz des Völkerbundes erwachsen ist, und gibt sich viel zu wenig Rechenschaft, daß man uns mit der Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien oder sonst wohin nur einen großen Gefallen erweisen würde. Weinen würden höchstens die Hoteliers von Genf! — Am schönsten aber hat sich Herr Barthou aufgeführt. Als Hauptbefürworter der Aufnahme Rußland befürchtete er bei seiner Ankunft in Genf Kundgebungen gegen seine geheiligte Person. Er schrieb daher einen Brief an den Polizeipräfekten der Provinz Genf, Nicole, mit der Drohung der sofortigen Abreise der gesamten französischen Delegation im Falle von Kundgebungen. Wir sind also schon so weit, daß sich Frankreichs Außenminister gegenüber dem Regierungsoberhaupt eines schweizerischen Kantons eine Sprache erlaubt, wie er sie sich vielleicht gewohnt ist gegenüber französischen Präfekten! Dieser Brief dürfte aber unseres Erachtens auch die Bundesbehörden beschäftigen. Vielleicht würde es nichts schaden, wenn Herr Motta dem französischen Außenminister klar machen würde, daß der diplomatische Weg von Frankreich nach der Schweiz unbedingt nach Bern führen muß, und daß der Bundesrat eine direkte Fühlungnahme zwischen dem französischen Außenministerium und dem Genfer Regierungsgebäude nicht duldet! Es ist übrigens bemerkenswert, daß dieser ungehörige Brief des Herrn Barthou, der durch den Schweizerischen Preßtelegraph verbreitet wurde, in der schweizerischen Presse so gut wie gar nicht beachtet und fast ausnahmslos überhaupt der Lesermwelt verschwiegen wurde. Warum haben unsere Zeitungen an diesem Beispiel nicht gezeigt, wie anmaßend und ungehörig sich die „grande nation“ benimmt gegenüber ihrem kleinen Nachbarn, wenn sie erboht ist, daß dieser einmal nicht nach ihrer Geige tanzt?

* * *

Noch in einer anderen Frage zeigt es sich, was für üble Folgen die Zugehörigkeit zum Völkerbund für uns haben kann. Herr Anoy, der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, möchte der rein deutschen Bevölkerung der Saar unbedingt noch eine ausländische Polizeitruppe vor die Nase setzen. Er wähnt sich offenbar Gouverneur einer britischen Kolonie irgendwo unter dem Äquator oder in der Südsee. In etwa 110 Tagen findet bereits die Abstimmung im Saargebiet statt und in etwa Jahresfrist dürfte die diktatorische Herrschaft des Herrn Anoy ihr Ende finden. Damit man nun ihn und das gesamte Völkerbundsregime ja in schlechtem Andenken behalte, möchte er gerne zu derartigen Kolonialmethoden greifen. Um nun diese Forderung nach ausländischer Polizei vor dem Völkerbund vertreten zu können, inszeniert man schön auf den Zeitpunkt des Zusammentrittes der Völkerbundsversammlung die Verbreitung von Gerüchten über einen geplanten nationalsozialistischen Putsch im Saargebiet. Wer auch nur einigermaßen die Situation im Saargebiet kennt, muß auch die abgründige Niederträchtigkeit dieser Gerüchte erkennen, die natürlich von den marxistischen und separatistischen Zeitungen des Saargebietes, den besonderen Lieblingen des Quai d'Orsay, mit fetten Lettern verkündet werden. Man glaube doch nicht, daß sich Deutschland oder die Deutsche Front im Saargebiet ihre günstige Position sozusagen in letzter Stunde verderben werden durch einen unüberlegten Handstreich. Man ist sich da gut genug bewußt, wieviel auf dem Spiele steht und durch Unbesonnenheiten verderben werden kann. Es ist nicht vergeblich, daß die Anhänger der Deutschen Front immer wieder aufgefordert werden, Disziplin zu bewahren und sich durch Provokationen nicht hinreißen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß von Seiten Frankreichs und der Regierungskommission derartige Putschgerüchte verbreitet werden. Wir haben sie schon einmal vernommen im Mai, als der Völkerbundsrat

den Abstimmungsstermin festsetzen sollte. Damals wollte man mit solchen an den Haaren herbeigezogenen Putschgerüchten den Eindruck erwecken, die Abstimmung müsse angesichts der Verhältnisse auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Der Völkerbundsrat ist damals glücklicherweise auf diese künstliche Stimmungsmache nicht eingetreten und hat unbeeinflusst die Abstimmung auf den 13. Januar 1935 angelegt unter peinlicher Einhaltung der Vertragsbestimmungen. Heute will man wiederum versuchen, den Völkerbund durch solche Stimmungsmache zu beeinflussen für die Bewilligung der Anwerbung ausländischer Polizisten für das Saargebiet. Hoffentlich durchschaut man auch heute die Machenschaften der Herren Knox und Barthou und hält sich wiederum an die Vorschriften des Saarstatuts, die nur die Bildung einer örtlichen Gendarmerie gestatten.

Raum war das Begehren des Herrn Knox laut geworden, so wurde bereits in einer französischen Zeitung der Vorschlag gemacht, eine geschlossene Abteilung Schweizer Milizen in der Stärke von 2000 Mann ins Saargebiet zu entsenden. Man hat den Vorschlag mit Komplimenten an die Adresse der Schweizer Armee begleitet und offenbar geglaubt, er finde bei uns dann eher Anklang. Erfreulicherweise hat der Bundesrat gleich zum Voraus die Entsendung eines schweizerischen Truppentingentes abgelehnt. Noch bleibt aber die Frage offen, ob die individuelle Anwerbung von Schweizern für die Saarpolizei zu gestatten sei. Es mag nun rechtlich einen Unterschied machen, ob die Schweiz dem Völkerbund ein geschlossenes Kontingent zur Verfügung stellt, oder lediglich individuelle Anwerbung gestattet. Tatsächlich aber wäre die Wirkung dieselbe: die Schweiz würde die Anwendung von Kolonialmethoden in einem Kulturstaat unterstützen, und unsere Landsleute würden als Saarpolizisten für die Bevölkerung fremde Schergen einer fremden Regierung sein und damit sich und ihre Heimat verhaßt machen. Es ist schon eine Schmach, daß der Völkerbund die Verwaltung des Saargebietes übernommen hat, das vor 15 Jahren durch ganz gewöhnlichen Schacher wegen seiner reichen Kohlenvorkommen von seinem Vaterlande getrennt wurde. Das wird für immer ein Schandfleck auf dem Schild der Siegerstaaten wie auf dem des Völkerbundes bleiben. Sollen wir uns nun in dieser Sache auch noch beschmutzen, indem wir dem Völkerbund noch Polizisten zur Verfügung stellen? Die Antwort kann wiederum nur ein ganz entschiedenes „Nein“ sein. Die Staaten, die die Saarsuppe eingebrockt haben, sollen sie gefälligst auch allein ausessen und uns nicht auch noch in diese üble Sache hineinziehen wollen.

Anderer Meinung ist freilich der bereits genannte Pressedienst der „Nation“, wobei er sich allerdings mehr von internationalen als von nationalen Rücksichten leiten läßt, wenn er für eine schweizerische Saarpolizei eintritt, weil es nicht angehe, dem Völkerbund „die satzungsgemäße Mithilfe zu verweigern, wenn solche unumgänglich notwendig erscheint“. Man merkt nachgerade, was sich unter der irreführenden Flagge „Nation“ alles verbirgt! Ins gleiche Horn stieß auch Nationalrat Häberlin (Zürich), der ebenfalls weit mehr Verständnis hat für unsere „Völkerbundspflichten“ als für unsere nationalen Interessen¹⁾.

* * *

Die 1923 Osterreich gewährte Völkerbundsanleihe soll konvertiert werden. Zu den Garanten dieser Anleihe gehört u. a. auch die Schweiz. Wir haben ja in lauter Großmannsucht immer geglaubt, uns an den mit politischen Zugeständnissen erkaufte Finanzoperationen des Völkerbundes beteiligen zu müssen und dabei wacker mitgeholfen, das arme Osterreich in immer größere Abhängigkeit von seinen Geldgebern zu bringen. Von einer Rückzahlung der Anleihen durch Osterreich kann natürlich nicht die Rede sein! Die Anleihen werden nur immer konver-

¹⁾ Inzwischen hat am 24. September der Bundesrat deutlich genug zu verstehen gegeben, daß ihm die Anwerbung von Schweizern für die Saarpolizei höchst unerwünscht sei, wenn er sie auch nicht verbieten könne.

tiert, natürlich jedesmal zu einem niedrigeren Zinsfuß. Österreich wird seine Schulden so wenig bezahlen wie Deutschland, es sagt das nur nicht so deutlich! Und Zinsen gibt es auch schon einige Zeit keine mehr aus Österreich.

Die Entwicklung der Lage in Österreich hat wohl nicht die Richtung genommen, die man in der Schweiz erhofft hatte. Man hatte mit der Beteiligung an den Anleihen für Österreich eine unabhängige Republik an unserer Ostgrenze zu halten und zu stützen geglaubt. Die Republik hat sich nun gewandelt in eine Diktatur, die mit Hilfe von Bajonetten und Galgen sich am Ruder hält, und das „unabhängige“ Österreich ist heute zum ausgesprochenen Einflußgebiet Italiens geworden. Der neue Diktator Schuschnigg, der Austrofascist Starhemberg und letzten Endes Mussolini, das sind heute die Nutznießer der Völkerbundsanleihen, an denen wir uns jeweils so ehrenvoll beteiligt haben. Dürfen wir unter diesen Umständen uns noch länger beteiligen an einer Völkerbundsfinanzpolitik, die solchen Nutznießern zugute kommt und dem österreichischen Volke zum Fluche wird? Wäre es nicht schweizerischer, wir würden uns endlich von dieser Anleihepolitik zurückziehen, statt noch länger den Großmächten zu Gefallen zu sein? Wir hätten heute die beste Gelegenheit, bei der Konvertierung des Anleihe von 1923 den Anfang zu machen. Machen wir nicht mehr mit, so werden wir es erleben, daß die Konvertierung der Anleihe trotzdem zustande kommt. Die Mächte haben ja ein viel zu großes Interesse an der Stützung des heutigen Zustandes in Österreich, als daß sie nicht ohne großes Aufheben auch den schweizerischen Anteil an den verschiedenen Anleihen übernehmen würden. Diejenigen Staaten, die 1919 in Trianon das heutige zurechtgemachte Österreich geboren haben, sollen nur ihre wunderbare Schöpfung allein unterstützen. Die Schweiz hat hier nichts mehr zu suchen.

* * *

Zu den bedeutenden Verschlechterungen unserer militärgeographischen Lage, die uns die Verträge von Versailles und Trianon beschert haben, gehört auch die gänzlich veränderte Situation im Osten unseres Landes. Als noch das Habsburgerreich Österreich-Ungarn bestand, herrschte an unsern Grenzen unter den vier benachbarten Großmächten ein Gleichgewichtszustand, bei dem uns wohl war und der unserer Neutralität außerordentlich zustatten kam. Seit 1919 aber grenzt im Osten nur noch ein kleiner Kumpfstaat an unser Land, ein Zwerggebilde, das sich aus eigener Kraft nicht erhalten kann, dauernd fremder Hilfe bedarf und damit zu einem Raum geworden ist, in dem sich andauernd die verschiedensten fremden Einflüsse durchkreuzten. In letzter Zeit ist es nun Italien gelungen, die übrigen Einflüsse in Österreich weitgehend auszuschalten und in Wien eine Vormachtstellung zu erringen, die Österreich nicht allein zum italienischen Einflußgebiet macht, sondern fast eher einem Protektoratsverhältnis gleicht. Die Einmischung des italienischen Gesandten in Wien in innerösterreichische Angelegenheiten hat schon letztes Jahr Formen angenommen, die ein wirklich unabhängiges und freies Land niemals dulden würde. In diesem Jahr hat es sich dann deutlich gezeigt, daß Österreich auch militärisch zum Einflußgebiet Italiens geworden ist. Die Vorbereitungen hiezu gehen einige Zeit zurück und sind zu ersehen in den auffallenden Straßenbauten Italiens an der österreichischen Grenze, in der Verlegung eines Korpskommandos von Verona nach Bozen und in der Berufung des Bozener Divisionskommandanten in den Kriegsrat, dem sonst außer den Korpskommandanten nur noch der Inspektor der Infanterie und der Divisionskommandant von Rom angehören. Als Österreich im Februar dieses Jahres den marxistischen Aufstand niederschlug, wurden im ganzen Südtirol die italienischen Truppen auf Pikett gestellt und Skiabteilungen, die in den Bergen übten, hatten sofort zu ihren Truppenkörpern einzurücken. Italien war bereit, sofort in Österreich einzumarschieren für den Fall einer nationalsozialistischen Erhebung oder eines Einmarsches der österreichischen Legion aus Deutschland. Italien

soll während der Februar-Unruhen Österreich auch mit Waffen- und Munitions-lieferungen unterstützt haben. Eigenartig wirkte es beispielsweise, daß Teile der Wiener Polizei mit italienischen Stahlhelmen ausgerüstet waren. Seit dieser Zeit ist dann die militärische Einflußnahme immer deutlicher geworden. Im Tirol und in Kärnten wurden häufig italienische Offiziere in Zivil bei Refognoszierungen beobachtet, auf dem Arlberg sah man sie gar Vermessungen vornehmen. Im Mai refognoszierte der Korpskommandant von Bozen selbst mit seinem Stab unter öster-reichischer Führung von Landeck bis Feldkirch. Als dann am 25. Juli Bundes-kanzler Dollfuß ermordet wurde, hat Italien wiederum gewaltige Truppenmassen im Raume von Tarvis und am Brenner konzentriert. Wie man aus unbedingt zuverlässigen Quellen erfährt, hat am 27. Juli der italienische Konsul in Klagen-furt zweimal bei der Kärnter Landesregierung, bzw. beim Sicherheitsdirektor an-gefragt, ob er nicht „marschieren“ lassen solle. Man habe so moderne Kampfmittel bereit gestellt, daß „der Spuk in wenigen Stunden erledigt sein werde“. In der Nacht zum 26. Juli teilte der italienische Kommandant im Südtirol dem Inns-brucker Nachrichtenoffizier, Major Rodler, mit, daß seine Truppen beim Über-schreiten der bayrisch-österreichischen Grenze durch österreichische Legionäre oder SA sofort marschieren und die österreichische Grenze vom Bodensee bis Passau besetzen würden. Diese Meldung soll Major Rodler den Münchener Reichswehrstellen weiter-gegeben haben, die daraufhin die Sperrung der Grenze gegen Österreich durch-setzten.

Es hat also in den Tagen nach dem 25. Juli an einem Haar geangen, daß italienische Truppen am Bodensee aufgetaucht wären. Was aber Ende Juli fast wie ein Wunder sich nicht ereignete, kann leicht bei der nächsten Gelegenheit ein-treffen. Und an solchen Gelegenheiten wird es in Österreich auch in der nächsten Zeit kaum fehlen. Wir müssen uns also darauf einstellen, daß wir über kurz oder lang italienische Truppen im Vorarlberg sehen. Ein Blick auf die Karte zeigt uns, wie gefährlich das für uns ist, vor allem aber für den Kanton Graubünden, der da-mit von Italien völlig umklammert wird. Wenn wir auch nicht gerade an das Märchen des Oberstdivisionärs Gertsch von einer italo-französischen Verständigung zur Aufteilung der Schweiz glauben, so können wir andererseits den Italienern doch nie recht trauen. Die immer wieder auftauchende Irredenta im Tessin und die auch an unserer Südgrenze auffallenden Straßenbauten Italiens sind wahrlich nicht geeignet, unser Mißtrauen zu zerstören!

Durch eine italienische Besetzung des Vorarlberg wird insbesondere der Kessel von Sargans bedroht, durch den an exponierter Stelle die einzige vollwertige Ver-bindung des Bündnerlandes mit der übrigen Schweiz geht. Mit einem kühnen Handstreich kann diese Verbindung unterbrochen werden, worauf das Bündnerland sozusagen in der Luft hängt, will man dem Oberalp und seiner Schmalspurbahn nicht zu große Bedeutung beimessen. Haben wir die uns im Osten drohende Ge-fahr erkannt, so gilt es auch, ihr zu begegnen, so gut wir das können. Das müßte in erster Linie geschehen durch die Schaffung einer sicheren Straßenverbindung zum Bündnerland, die aus dem Sernstal über Panixer- oder Segnespaß in die Gegend von Reichenau führt und von da in alle Teile des Bündnerlandes. Zum andern wird die Errichtung von Sperranlagen und Stützpunkten im Rheintal zu prüfen sein und schließlich sollten wir versuchen, das Fürstentum Liechtenstein zum endgültigen Anschluß an die Eidgenossenschaft zu bewegen. Das Ideal wäre frei-lich die Einbeziehung des Vorarlberg in die schweizerische Neutralität und das Recht zur militärischen Besetzung dieses Landes im Konfliktfalle, wie das früher bei der neutralen Zone Hochsavoyens der Fall war. Doch wird das kaum zu er-reichen sein, ist doch die heutige Zeit solchen Beeinträchtigungen der Souveränität nicht hold.

11. September 1934.

Gottfried Zeugin.

Bericht aus Elsaß-Lothringen.

Noch im Jahre 1933 hat der damals mit den elsäß-lothringischen Angelegenheiten betraute Minister Guy La Chambre, dessen Rundschreiben gegen den Religionsunterricht in unseren Schulen bereits im letzten Bericht erwähnt wurde (s. Heft 7, Oktober 1933), die Vorschläge der elsäß-lothringischen Parlamentarier aller Parteien, die in sehr mäßiger Form eine größere Berücksichtigung der deutschen Muttersprache der Bevölkerung besonders im Unterricht in den Schulen beantragt hatten, mit einem dreifachen Nein scharf zurückgewiesen.

Seitdem ist der Pariser Kurs geradlinig fortgeführt worden. Daß die Regierung der „nationalen Eintracht“ Doumergue, wo Poincaré's Geist lebendig ist, nachgiebiger sein würde, war von vorneherein nicht zu erwarten. Allerdings hat auch die sie in Altfrankreich tragende Formel dieses Mal im Elsaß keinen Eingang gefunden. Während dort die beiden Lager rechts=links, auch wenn ihre gemäßigten Gruppen sich zu provisorischen Bündnissen der Mitte zusammenfanden, sich in immer schärferen Umrissen abzeichneten, wurde hier die seit dem Colmarer Komplottprozeß feststehende Frontenbildung: Die Heimatrecht, die Assimilierung an den französischen Einheitsstaat und Verlust der Eigenart, die bis heute die Parteien von rechts bis links quer durchschneidet, nicht wesentlich verzerrt. Hier blieb klar, daß es nicht um Faschismus oder Antifaschismus geht, sondern um eine viel wichtigere Entscheidung. Es geht nicht um die Frage, in welcher Form das Volk zwischen Rhein und Vogesen leben will, sondern darum, ob es überhaupt leben soll. Denn darüber kann kein Zweifel mehr bestehen, und maßgebliche Organe der Regierungspolitik bestreiten es auch gar nicht, daß die von Paris aus mit allen Mitteln betriebene „Gleichschaltung“ die Vernichtung des Volkstums der deutschsprachigen Elsaß-Lothringer anstrebt.

Wie wenig die Formel der „Union Nationale“ auf das Elsaß übergriff, erhellt am besten aus der Tatsache, daß bei einer entscheidenden Kammerabstimmung die Abgeordneten der katholischen, elsäßischen Volkspartei (U. P. R.) der Regierung Doumergue die Gefolgschaft verweigerten.

Der Regierungskurs ist sogar merklich verschärft worden. Das zeigen deutlich drei Vorfälle. Am 25. Juni sicherte sich die Regierung durch eine Notverordnung einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Spital- und Armenräte in den großen Städten wie Straßburg, Metz, Colmar und Mülhausen. Sie überschritt damit dem Sinne nach zweifellos die ihr vom Parlament lediglich zur Einschränkung der Staatsausgaben gewährten Vollmachten und benutzte schnell die erste Gelegenheit, um unbehelligt von jedem Einspruch die Gemeindefreiheit weiter abzubauen und die vom Volk gewählten Vertreter vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Vor kurzem beging ein unermüdlicher Verteidiger der elsäßischen Heimatrechte, Prof. Dr. E. Müller, sein goldenes Priesterjubiläum, wobei sein Jugendfreund und späterer Kollege an der Straßburger Universität, der nach dem Kriege im Reich habilitierte Kirchenhistoriker Prof. Ehrhard, ein gebürtiger Elsässer, die Festpredigt halten sollte. Aber im letzten Augenblick untersagte die Pariser Regierung auf Grund einer Bestimmung, wonach „ausländische“ Geistliche zum Predigen einer besonderen Ermächtigung bedürfen, dem elsäßischen Gelehrten von internationalem Ruf die Ansprache beim Feste seines greisen Freundes und französischen Senators. Diese Maßnahme hat, besonders da das vorgeschriebene Gesuch rechtzeitig eingereicht und von dem Straßburger Bischof Ruch, dessen national-französische Einstellung über jeden Zweifel erhaben ist, befürwortet worden war, insbesondere in der katholischen Bevölkerung großen Unwillen hervorgerufen. Wenn es an sich schon merkwürdig erscheint, daß bei rein religiösen Veranstaltungen das Auftreten eines gleichsprachigen Bekenntnisgenossen aus dem Auslande von der Willkür irgendwelcher Instanzen einer ausdrücklich laïkalen Regierung abhängen

soll, so mußte dieser Einzelfall, wo das Verbot sich gegen Elsässer richtete, als ein besonders krasser Auswuchs einer Nadelstichpolitik empfunden werden, deren Sinn, auch wenn man sie vom Regierungsstandpunkte aus betrachtet, nicht einzu-
sehen ist.

Endlich wurde im August dieses Jahres von Paris gemeldet, die Regierung be-
reite ein Gesetz zur Unterdrückung der Treibereien „gegen die nationale Einheit“
vor. Bald darauf erläuterte die Havas-Agentur, daß es sich darum handle, ein
Ausnahmegesetz gegen die elsäß-lothringischen Heimatrechtler und vielleicht noch
gegen die bretonischen Autonomisten zu schaffen. Über den genauen Inhalt der
Vorlage, mit deren Ausarbeitung der Justizminister Chéron betraut wurde, welcher
gegenwärtig zugleich die besonderen Dienstzweige für Elsaß-Lothringen in Paris
leitet, ist noch nichts bekannt. Aber sie wird dem Entwurf gleichen, den vor Jahren
Poincaré schon vergeblich im Parlament durchzubringen suchte. Dann entstände
ein sehr dehnbarer Text, der für nicht näher definierte Vergehen schwere Gefängnis-
strafen, Aberkennung der bürgerlichen Rechte und Aufenthaltsverbot vorsehen würde.
Damals sollten auch bezeichnenderweise die Verfahren nicht den Schwurgerichten,
sondern den Strafkammern überwiesen werden, deren immerhin mehr von der Re-
gierung abhängige Berufsrichter jener für ihre Zwecke zuverlässiger schienen als die
Volksrichter. Die Pariser Zentrale und gerade das Justizministerium, das vor-
läufig wohl genügend bei der Bereinigung des Mattenschwanzes von Affären zu tun
hätte, die unter dem Begriff Stavisky-Standal zusammengefaßt zu werden pflegen,
scheinen den Zeitpunkt für günstig zu halten, um, ohne die unangenehmen Folgen
des Colmarer Komplottprozesses zu befürchten, jede ihnen nicht genehme Auffassung
in den Ostprovinzen mit Gewalt abwürgen zu können.

Derartige Maßnahmen und Pläne aber beweisen keineswegs eine starke Stel-
lung der Regierung in Elsaß-Lothringen, sondern eine Nervosität, die nur aus
einem Gefühl der Schwäche und der Unsicherheit entspringen kann. Sie beweisen
vielmehr, daß, entgegen der immer wieder von der amtlichen französischen Propa-
ganda vertretenen Behauptung, die elsäß-lothringische Heimatbewegung sehr lebendig
geblieben ist. Diese für die Pariser Regierung eher unangenehme Tatsache wurde
bereits durch den Erfolg des autonomistischen Parteitags in Straßburg im letzten
April offenbar und noch mehr durch eine andere Erscheinung unterstrichen: durch
das Eintreten nämlich eines beträchtlichen Teiles der elsäßischen Jugend in den
Abwehrkampf gegen das einebnende Jakobinertum. Denn nicht nur auf der eben
erwähnten Kundgebung der Landespartei traten die Jungen mit ihren klar ge-
faßten Forderungen nach Wahrung des elsäßischen und lothringischen Volkstums
deutscher Sprache, nach sozialer Gerechtigkeit, Sauberkeit, Ordnung im Staate und
nach französisch-deutscher Annäherung und Verständigung hervor, sondern auch die
umfassende Jugendorganisation der größten politischen Gruppe, der katholischen
Volkspartei, nahm gegen die Assimilierung durch Paris und zu dem deutsch-fran-
zösischen Verhältnis mehrfach Stellung. Sie lehnte ausdrücklich diese Assimilierung
ab und verwarf sogar die französische Rüstungspolitik, was seine Bedeutung in
unserem Grenzlande hat, wo die kostspieligsten Festungsbauten eindringlicher als
es sonst irgendwo geschehen könnte an die furchtbaren Folgen gemahnen, den ein
neuer Krieg gerade für das elsäß-lothringische Glacis haben müßte und zu desto
mißmutigeren Vergleichen Anlaß geben, als in den letzten Monaten, angeblich um
durch strenges Haushalten der schwierigen Finanzlage Herr zu werden, von der
Regierung einschneidende Sparmaßnahmen auf Kosten der kleineren und mittleren
Gehalts-, Lohn- und Rentenempfänger ergriffen wurden.

Die verbissene Zentralisierungspolitik, deren Leiter sich keiner besseren Ein-
sicht fügen und keine Lehre annehmen wollen, mußte derartige, für sie gewiß nicht
erfreuliche Ergebnisse zeitigen. In welchem unlöslichen Widerspruch diese Politik
in Elsaß-Lothringen mit den Theorien steht, die Frankreich in anderen Fällen ver-

tritt, ist in der jüngsten Zeit durch zwei Beispiele besonders veranschaulicht worden: durch seine Haltung in der Saarfrage und die französisch-kanadischen Erinnerungsfeiern.

Dieselben Leute, welche jede Bestrebung zum Ausbau einer Selbstverwaltung in unserem Lande als ein Verbrechen gegen die Freiheit der französischen Nation und als einen Frevel gegen die Unteilbarkeitsmystik der dritten Republik brandmarken, die mit nie erlahmendem Eifer nachweisen, daß ein nur halbwegs auf sich gestelltes Elsaß-Lothringen überhaupt nicht zu existieren vermöchte, die immer wieder die Vorteile des Lebens in einem großen Staate betonen, demonstrieren in unserer unmittelbaren Nachbarschaft den Saarländern das Gegenteil vor. Nachdem Paris die Möglichkeit eines Anschlusses des Saargebietes an Frankreich nicht mehr ernstlich in Erwägung zieht, soll plötzlich die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, also einer Autonomie des Saarlandes, alle Wunder bergen. Obschon das Abstimmungsgebiet viel kleiner ist und bedeutend weniger Einwohner zählt als unser Land, obschon die Industriebevölkerung bei weitem das ackerbautreibende Landvolk überwiegt, obschon zwischen den Saarländern und des Reichsdeutschen tatsächlich keine Unterschiede der Sprache, der Lebensart und -auffassung bestehen, wird die endgültige Errichtung eines neutralen Saarstaates geradezu als die Lösung propagiert. Hier können wir natürlich unerörtert lassen, ob diese Freude an autonomistischen Bestrebungen an der Saar nicht den bekannten Gefühlen des Fuchses vor den zu hoch hängenden Trauben entspricht und ob man nicht zugleich insgeheim doch ein wenig weiter als an die „ewige“ Neutralität des Saargebietes denkt. Fest steht, daß die französische Regierung durch ihre Saar-Politik ihre eigene elsass-lothringische Politik verurteilt und sich selbst ins Unrecht setzt. Das mag Paris vor einiger Zeit selbst mit Unbehagen gespürt haben, als in einer gewiß sehr ungelegenen Anfrage der heimatrechtlerische Abgeordnete von Zabern, C. Dahlet, sich danach erkundigte, wie Frankreich die Saarländer zu behandeln gedächte, falls diese sich in ihrer Mehrheit zu ihm bekennen würden. Das soeben veröffentlichte Aide-Mémoire des französischen Außenministeriums zur Saarabstimmung scheint auf diese Anfrage indirekt schon mit der Zusicherung antworten zu wollen, daß nach einer Angliederung an Frankreich die Saarländer selbstverständlich alle und die gleichen Rechte wie die übrigen Staatsbürger genießen würden. Wie zweideutig aber eine solche Antwort sein kann, haben die deutschsprachigen Elsaß-Lothringer schon lange gemerkt: wir hätten doch alle, wird man in Paris behaupten, die gleichen Rechte wie die Bürger aus den alten Provinzen. Das ist dem Buchstaben nach richtig, in Wirklichkeit aber werden uns bis heute wichtigste und fundamentalste Rechte, wie z. B. das Recht auf die ungehinderte Pflege und den vollen Gebrauch unserer deutschen Muttersprache, vorenthalten. Nicht auf gleiche Gesetze, sondern auf gleiche Rechte kommt es an. Im übrigen sei nur beiläufig bemerkt, daß dies über den Rahmen dieses Berichtes hinausführen würde, daß man in Paris bis auf den heutigen Tag noch nicht genau die innerpolitischen Folgen einer endgültigen Neutralisierung des Saargebietes oder gar der Eingliederung mehrerer Hunderttausend seiner Bewohner in den Staatsverband der Einen und Unteilbaren Republik zu übersehen scheint.

Zur Erinnerung an die französische Besiedlung Kanadas durch die Franzosen seit dem 16. Jahrhundert fanden im Dominion große Festlichkeiten statt, bei denen an der Spitze einer beträchtlichen Abordnung aus allen Teilen Frankreichs der amtierende Minister Flandin in eigener Person zugegen war. Überall wurde die französisch-kanadische Verbundenheit gefeiert und mit Begeisterung berichtete die ganze französische Presse, angefangen vom „Temps“ bis zu seinen Kolleginnen niederen Ranges, von dem kanadischen „Wunder“, von der Treue der Franzosen in Kanada, die als loyale Untertanen ihrer britischen Majestät seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ihr französisches Volkstum bis zu dieser Stunde bewahrt und ge-

pflegt, ja es sogar zu einer besonders wertvollen Eigenart entwickelt hätten. In nicht minderem Überchwang wurde die Weisheit und edle Großzügigkeit Englands gelobt, das dieses „Wunder“ mit ermöglicht habe, aber nicht nur den Franzosen in Kanada ihr Eigenleben in jeder Form gestattet, sondern zugleich auch zum eigenen Vorteil sich dadurch sogar in kritischen Zeitläuften die unerschütterliche Anhänglichkeit seiner ehemaligen Besiegten gesichert habe. Ohne es zu merken, hat also die französische Presse und mit ihr die Regierung in Paris durch die offizielle Teilnahme eines Ministers an den Erinnerungsfeiern in Kanada eben das bewundern und loben müssen, was sie in Elsaß-Lothringen verurteilt: die Treue einer Volksgruppe unter wechselnder politischer Herrschaft zu ihrem angestammten Volkstum und die tolerante Politik des Staates gegenüber einer Minderheit, die er nicht aufzusaugen versuchte, sondern frei ihr Leben leben ließ. In der elsässischen und lothringischen Öffentlichkeit sind natürlich diese Widersprüche unterstrichen worden, und es wäre zu wünschen, daß sich maßgebende Stellen in Frankreich an Kanada, wo sie mit berechtigter Genugtuung die Erhaltung eigenen Volkstums zum Glücke auch des Mehrheitsvolks feststellen konnten, ein Beispiel für die Behandlung ihrer Minderheiten nähmen.

Es ist gerade in der heimatrechtlerischen Presse in Straßburg vor einiger Zeit, als italienische Zeitungen sich über angebliche Versuche, die Tessiner zu germanisieren, ohne Grund entsetzen wollten, auf die vorbildliche Politik der Schweiz hingewiesen worden, wo innerhalb eines Staates deutsches, französisches und italienisches Volkstum ungehindert nebeneinander bestehen kann, und es wäre gut, wenn manche Schweizer einmal betrachten wollten, wie im Gegensatz hierzu ihre stammverwandten Nachbarn im Elsaß in einen unnötigen Kampf gedrängt werden, der niemals im französischen Interesse liegen kann.

Wie wir schon darlegten, ist dieser Kampf im letzten Jahr keineswegs leichter geworden. Als die katholische Volkspartei vor einigen Monaten das Einbringen eines Gesetzesvorschlages zur Errichtung eines Verwaltungskörpers Elsaß mit möglichem Anschluß benachbarter Kreise Deutschlothringens ankündigte, das heißt einen neuen Versuch zur Auflockerung des erstarrten Einheitsstaates unter peinlicher Wahrung der Interessen der Zentrale unternahm, erscholl aus der gesamten Regierungspresse nichts als eine höhnische Ablehnung. Wenn die Vertreter Elsaß-Lothringens im Parlament auf dieselbe Einstellung bei der Regierung und ihren altfranzösischen Kollegen stoßen, falls überhaupt der Vorschlag in absehbarer Zeit zur Beratung kommt, wird ihr Plan keine großen Aussichten haben.

* * *

Elsaß-Lothringen ist ein sehr empfindliches Barometer der internationalen Wetterchwankungen geblieben. Dadurch wird seine Lage natürlich nicht vereinfacht.

Nach der Annäherung an Frankreich hat die Sowjetregierung, welche in ihrer abgewandelten Form als Komintern auch in Frankreich die kommunistische Partei immer als außenpolitisches Erpressungswerkzeug benutzte, den roten Schwung merklich gedämpft. So kam unter der an sich einleuchtenden Parole des gemeinsamen Kampfes gegen den drohenden Faschismus eine sogenannte proletarische Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten zustande, die gerade in Elsaß-Lothringen eine wahrhaft groteske Umstellung der letzteren bewirkte. Hier trennte die feindlichen Brüder nicht nur wie in Innerfrankreich eine Verschiedenheit in der Auffassung, wie das kapitalistische System durch den Sozialismus abzulösen sei, sondern auch, um mit den Marxisten zu reden, eine tiefe, unüberbrückbar scheinende Kluft in der Einstellung zur „nationalen“ Frage. Während nämlich die Sozialisten sich seit Jahren als die eifrigsten Handlanger der Pariser Assimilierungspolitik betätigen und auch jüngst wieder, so unglaublich es klingen mag, das geplante Ausnahmegesetz ausdrücklich billigten, verlangten die Kommunisten bisher das Selbst-

bestimmungsrecht für die Elsaß-Lothringer, auch wenn dessen Ausübung zur Los-trennung von Frankreich führen würde. Eine Einheitsfront wird zwangsläufig in dieser Hinsicht die Kapitulation der Kommunisten bedingen, die Moskau vorläufig nicht als Ruhestörer bei seinem Verbündeten brauchen kann. Allein die elsässischen Kommunisten unter dem Straßburger Bürgermeister Hueber, welche schon seit meh-reren Jahren gegen die Pariser und Moskauer Linie opponieren und deswegen auch aus der kommunistischen Partei Frankreichs und der dritten Internationale ausgeschlossen wurden, verharren folgerichtig auf ihrem alten Standpunkt und bleiben weiterhin unter Ablehnung eines Zusammengehens mit den im Dienste der „französischen Hochfinanz und Gewaltpolitik“ stehenden Sozialisten in der elsässischen Abwehrfront.

Zum Zweiten wird bekanntlich seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda, die oft nichts als schlimmste Heze ist, die „seelische Entfremdung“ auch des letzten Elsässers von Deutsch-land betrieben, um das Volk aus dieser Ablehnung heraus mit dem französischen Assimilierungsgedanken zu versöhnen. Diese nicht immer ungeschickt betriebene Pro-paganda hat die von ihren Inspiratoren erwartete Wirkung vor allem deshalb noch nicht zeitigen können, weil die Elsässer und Lothringer im allgemeinen kühle Be-obachter sind, die abwarten können, bevor sie sich ein Urteil bilden. Denn tat-sächlich haben manche Vorgänge im dritten Reich, wie insbesondere der Kirchenstreit und der 30. Juni dieses Jahres, nicht zuletzt in weiten, an sich gar nicht deutsch-feindlich eingestellten Kreisen des Landes eine starke Beunruhigung hervorgerufen.

* * *

Trotz alledem aber kann gesagt werden, daß die elsäß-lothringische Heimat-bewegung ihre Stellung behauptet. Mit dem Einschwenken junger Elemente dürfte sie in einen neuen Abschnitt eingetreten sein. Ihr Sinn kann sich solange nicht ändern, als die, welche in Paris regieren, nicht dazu gelangen, der deutschsprachigen Minderheit eine Behandlung angedeihen zu lassen, wie sie diese sonst in der Welt, wo vernünftige Politik getrieben wird, überall antreffen und dort sogar als natür-lich und würdig zu loben geneigt sind.

St r a ß b u r g, 10. September 1934.

H. Bickler.

Völkerbündliches.

Nun ist ja Rußland in den Völkerbund aufgenommen. Wir gönnen der Ge-sellschaft von Herzen diesen Zuwachs. Die alten Kampfgenossen, welche seinerzeit für Recht, Gerechtigkeit und Zivilisation in den Krieg zogen und Europa, ja die ganze Welt dem herrlichen Zustand von heute entgegengeführt haben, sind ja nun wieder beisammen. Zum Heile des Weltfriedens, sagt der Advokat Barthou, dem unsere Zeitungen Vorbeeren erteilt haben, wie einstmals Lloyd George, dem heute in England wohl am meisten verachteten Mann. Pertinax, dessen bedeutsame Äußerungen uns stets durch die Zeitungsagentur vorgelesen werden, hat deutlich erklärt, und dafür darf man ihm dankbar sein, daß es sich bei Aufnahme Rußlands darum handelt, Deutschland vollständig zu isolieren. Wer hat nun also nichts ge-lernt, um eine dem Philister und gläubigen Zeitungsleser beliebte Wendung zu gebrauchen? Wir sind Pertinax aber auch dafür dankbar, daß er uns wiederholt darauf aufmerksam macht, die Schweiz spiele in der Weltpolitik eine sehr kleine Rolle und der Völkerbund brauche nicht unbedingt in Genf zu sein. Wäre er nur nie dort eingezogen!

Nun ist ja der Völkerbund um ein sehr zahlungskräftiges Mitglied, nämlich eben Rußland, verstärkt worden. Wir nehmen an, daß die Beiträge sich nach der Bevölkerungszahl des betreffenden Landes richten. Das würde für Rußland eine hübsche Summe ausmachen, was der Völkerbundskasse sehr zustatten kommt, da ja so viele andere Mitglieder, wie man immer wieder zu seinem Schmerze hört, ihr Betreffnis nicht bezahlen. Das wird bei Rußland nicht zu befürchten sein, das ja als sehr guter Zahler gilt.

Wir gelten sicher nicht als Lobredner unseres Bundesrates in seiner äußeren Politik; aber die einmütige Entschliebung, in Genf dem Eintritt Rußlands ein Nein entgegenzuhalten, und die Art, wie Herr Motta dort gesprochen hat, hat uns aufrichtig wohlgetan. Freilich konnte sich der Bundesrat auf die überwiegende Mehrheit des Landes stützen und vor allem: unsere Welschen waren gegen die Aufnahme Rußlands, was ihnen um so mehr zur Ehre gereicht, als sie ja sonst nicht gerne gegen den französischen Stachel lösen. Ganz herrlich wäre es nun, wenn man es sich leisten könnte, auf die freundlichen Bemerkungen: der Völkerbund sei nicht an Genf gebunden, zu antworten: und Genf ist ebenso wenig davon abhängig. Das Schicksal der Stadt scheint aber leider zu eng mit der Gesellschaft verknüpft zu sein, als daß man so austrumpfen dürfte.

Auffallend an der Abstimmung ist, daß das allerchristlichste Osterreich nicht gegen die Aufnahme der gottlosen, kirchenmörderischen Russen sich mit allen Kräften gewehrt hat. Aber seine Unabhängigkeit ist ja das Meerste aller Worte; muß es doch tanzen, wie Mussolini pfeift. Zum Schluß noch eine Frage: hat eigentlich unser auswärtiges Departement nicht versucht, vor der Abstimmung mit einigen andern Staaten, z. B. Schweden, Norwegen und etwa noch Dänemark sich ins Einvernehmen zu setzen, um sie auf unsere und Hollands Seite zu ziehen? Gut ab übrigens vor dem kleinen Portugal, das sonst immer in Englands Schlepptau segelt und wohl segeln muß. Das sind ganz unmaßgebliche Betrachtungen eines Bürgers, der wirklich sich unterzeichnen kann als

N e m o.

Wehrpolitische Rundschau

Kriegsgefahr auf allen Fronten. Die Ereignisse der letzten Monate im Ausland haben gezeigt, wie rasch sich in bewegter Zeit die politische Gruppierung der europäischen Mächte verändert. Gestern noch schien ein Zusammengehen von Deutschland und Italien gegen Frankreich möglich. Heute sucht Italien den Weg zu Frankreich und wendet sich schroff gegen Deutschland. Wie lange diese neue Konstellation Bestand hat, ist ungewiß. Für die schweizerische Landesverteidigung ergibt sich daraus der Grundsatz, daß alle Fronten bedroht sind und in Verteidigungszustand gesetzt werden müssen. Auf keinen Fall dürfen unsere Vorbereitungen von der Panik des Augenblickes oder gar von politischen Sympathien und Antipathien geleitet sein. Wir haben mit jedem Gegner zu rechnen und müssen auf alle Möglichkeiten gefaßt sein.

In französischen Zeitungen ist die Schweiz ebenso höflich wie dringend ersucht worden, durch Fortifikationen an ihrer Nordgrenze das französische Festungssystem gegen Deutschland zu vervollständigen. Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes hat in der Schlußkritik über die Manöver der 1. Division auf solche und andere ausländische Anregungen geziemend, aber deutlich geantwortet. Der Bundesrat, sagte er, studiere auch Mittel und Wege zur Verstärkung unserer natürlichen Verteidigungslinien; er verfare dabei nach seinem Gutdünken und aus eigenem